

Grundsätze kommunistischer Bündnispolitik in demokratischen Bewegungen



Inhalt

Einleitung	1
Bündnispolitik nicht erst heute	2
Auf Verbündete verzichten? Lächerlich	4
Die Bündnisgrundsätze heute	5
1. Grundsatz: Initiativen ergreifen	5
2. Grundsatz: Echte Partnerschaft	5
3. Grundsatz: Orientierung auf Arbeiterklasse	8
4. Grundsatz: Aktionseinheit ist Kernstück	9
5. Grundsatz: So breit wie möglich	12
6. Grundsatz: Logische Weiterentwicklung fördern	15
7. Grundsatz: Selbständigkeit wahren	20
8. Grundsatz: Offen auftreten	23
Was man tun kann	24
Mehr lernen	24
LEXIKON	25
Texte zum Thema	26
Filme zum Thema	27
Bücher zum Thema	28/32



Mit der Frauenbewegung für das Recht auf Arbeit. Fotografiert von Beate Knappe-Schmelzer am 26. 9. 1982 in Düsseldorf.

Fragen

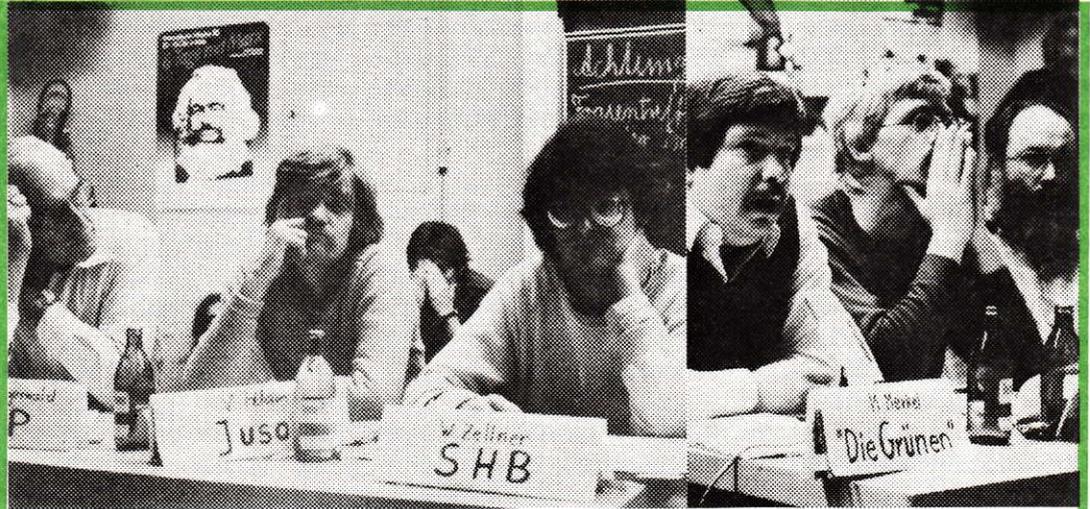
- Hat die DKP die Bündnispolitik erst heute entdeckt?
- Ist die Mehrheit der unpolitischen Menschen nicht eine einzige reaktionäre Masse?
- Sind die Leute aus anderen Parteien, Organisationen usw. überhaupt zu Bündnissen bereit?
- Immer auf andere Rücksicht nehmen... Ist es nicht besser, die Sache selber zu machen?
- Macht die DKP Bündnispolitik, weil sie sich „draufhängen“ will?
- Ist die DKP zu Bündnissen bereit, weil sie alleine zu schwach ist?
- Will die DKP in Bündnissen nicht immer die Führungsrolle übernehmen?

- Will die DKP die anderen Bündniskräfte benutzen, um ihre Ziele zu erreichen, und wenn es soweit ist, gibt sie ihren Partnern einen Tritt?
- Ist es nicht besser, sich ganz auf die Arbeiterklasse zu konzentrieren, statt sich auch noch um die Mittelschichten, die Intellektuellen, die Bauern, die Alternativler usw. zu bemühen?
- Tarnen sich die Kommunisten, wenn sie in Bündnissen mitwirken?

Das Gespräch

Auch das Thema dieses Heftes eignet sich gut, um mit allen demokratischen und linken Kräften besprochen zu werden. Wer können die Gesprächspartner sein? Unsere sozialdemokratischen und Gewerkschaftskollegen, denn das Herzstück der Bündnispolitik ist die Aktionseinheit. Unsere christlichen Partner in der Friedensbewegung. Die Leute aus den alternativen Bewegungen. Die Frauen, nicht zuletzt die Feministinnen. Unsere Mitstreiter in den unterschiedlichsten Bürgerinitiativen. Die vielen Leute aus der Umweltschutzbewegung. Natürlich die „Grünen“. Und vor allem die Jugendlichen, ob sie nun einer Partei und Organisation angehören oder nicht. Die Arbeitslosen, die sich zu einer neuen Bewegung zusammenfinden.

Grundsätze kommunistischer Bündnispolitik in demokratischen Bewegungen



Partner aus demokratischen und linken Organisationen in der Diskussion: Robert Steigerwald vom Parteivorstand der DKP (links im Bild) mit Volker Adam (Jungsozialisten), Wolfgang Zellner (SHB), Michael Merkel (Die Grünen), Uwe Knickrehm (MSB) und Heinz Kopp (Demokratische Sozialisten). Fotografiert von Otmar Steinbicker während der Marxistischen Woche in Köln vom 10. bis 15. Oktober 1982.

Einleitung

Die vielfältigen linken und demokratischen Bewegungen in unserem Lande werden stärker. Immer mehr Menschen ergreifen politische Initiativen, beteiligen sich an Aktionen. Die Friedensbewegung umfaßt heute Angehörige aller Klassen und Schichten des Volkes. Neue Bewegungen entstehen mit neuen Kräften. Die wichtigsten Ursachen dieses Aufschwunges sind:

– die alles bedrohende Rü-

stungs- und Kriegspolitik der derzeit tonangebenden Kräfte des amerikanischen Imperialismus und Militarismus, der sich Regierung und „Opposition“ unseres Landes unterordnen;

- die sich vertiefenden Krisenerscheinungen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung;
- die kapitalistische, profitorientierte Nutzung der

gewaltigen neuen Möglichkeiten von Wissenschaft und Technik (wissenschaftlich-technische Revolution).

Gegen alles das entwickelt sich Widerstand. Und im Zusammenhang damit stellt sich die Frage, wie es die Kommunisten mit diesem Widerstand halten. Es ist dies die Frage des Zusammenwirkens von Kommunisten mit diesem breiten Protest, die Frage des Bündnisses.

Bündnispolitik nicht erst heute

Fragen des Bündnisses treten von Anfang an in der marxistischen Arbeiterbewegung auf. Schon im „Kommunistischen Manifest“ heißt es:

„In Frankreich schließen sich die Kommunisten an die sozialistisch-demokratische Partei an gegen die konservative und radikale Bourgeoisie, ohne darum das Recht aufzugeben, sich kritisch zu den aus der revolutionären Überlieferung herrührenden Phrasen und Illusionen zu verhalten.

In der Schweiz unterstützen sie die Radikalen, ohne zu verkennen, daß diese Partei aus widersprechenden Elementen besteht, teils aus demokratischen Sozialisten im französischen Sinn, teils aus radikalen Bourgeois.

Unter den Polen unterstützen die Kommunisten die Partei, welche eine agrarische Revolution zur Bedingung der nationalen Befreiung macht...

In Deutschland kämpft die Kommunistische Partei, sobald die Bourgeoisie revolutionär auftritt, gemeinsam mit der Bourgeoisie gegen die absolute Monarchie, das feudale Grundeigentum und die Kleinbürgerei.

Sie unterläßt aber keinen Augenblick, bei den Arbeitern

ein möglichst klares Bewußtsein über den feindlichen Gegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat herauszuarbeiten...

Mit einem Wort, die Kommunisten unterstützen überall jede revolutionäre Bewegung gegen die bestehenden gesellschaftlichen und politischen Zustände.

In allen diesen Bewegungen heben sie die Eigentumsfrage, welche mehr oder minder entwickelte Form sie auch angenommen haben möge, als die Grundfrage der Bewegung hervor.

Die Kommunisten arbeiten endlich überall an der Verbindung und Verständigung der demokratischen Parteien aller Länder.“ (Marx/Engels, Werke, Bd. 4, S. 492f.)

Gegen die These von der „reaktionären“ Masse

Die I. Internationale wäre nicht zustande gekommen, wenn nicht die mehr marxistisch orientierten Teile der Arbeiterklasse die Aktions-einheit mit noch kleinbürgerlich beeinflussten Teilen dieser Klasse **und** das Bündnis mit kleinbürgerlich radikalen Bewegungen eingegangen wä-

ren. Als die Anhänger Lassalles, das „Kommunistische Manifest“ verfälschend, meinten, der Arbeiterklasse stünde nur eine einheitliche reaktionäre Masse gegenüber, haben Marx und Engels das schärfstens geißelt.

„Im ‚Kommunistischen Manifest‘ heißt es: ‚Von allen Klassen, welche heutzutage der Bourgeoisie gegenüberstehen, ist nur das Proletariat eine wirklich revolutionäre Klasse. Die übrigen Klassen verkommen und gehn unter mit der großen Industrie, das Proletariat ist ihr eigenstes Produkt.‘“ So betont Karl Marx nochmals in der Kritik des Gothaer Programms. (Marx/Engels, Werke, Bd. 19, S. 22f.)

Die Bourgeoisie ist hier als revolutionäre Klasse aufgefaßt – als Trägerin der großen Industrie – gegenüber Feudalen und Mittelständen, welche gesellschaftliche Positionen

NOTIZEN

behaupten wollen, die das Gebilde veralteter Produktionsweisen sind. Sie bilden also nicht zusammen mit der Bourgeoisie nur eine reaktionäre Masse, denn die Bourgeoisie will in diesem historischen Stadium ihrer Entwicklung noch alles Alte, Erstarre umstoßen, um ihre Herrschaft durchzusetzen.

Andererseits ist das Proletariat der Bourgeoisie gegenüber revolutionär, weil es,

selbst erwachsen auf dem Boden der großen Industrie, der Produktion den kapitalistischen Charakter abzustreifen strebt, den die Bourgeoisie zu verewigen sucht. Aber das Manifest setzt wiederum hinzu: daß die „Mittelstände... revolutionär (werden)... im Hinblick auf ihren bevorstehenden Übergang ins Proletariat“.

Von diesem Gesichtspunkt ist es also wieder Unsinn, daß

sie ‚zusammen mit der Bourgeoisie‘ und obendrein den Feudalen, gegenüber der Arbeiterklasse ‚nur eine reaktionäre Masse bilden‘.

Hat man bei den letzten Wahlen Handwerkern, kleinen Industriellen etc. und Bauern zugerufen: Uns gegenüber bildet ihr mit Bourgeois und Feudalen nur eine reaktionäre Masse?“ (Marx/Engels, Werke, Bd. 19, S. 23)



Marx strebte in den Kämpfen seiner Zeit immer Bündnisse zwischen Arbeiterklasse und Bauern; Handwerkern, kleinen Industriellen, Intellektuellen an. Die gesellschaftlichen Bewegungen gegen die reaktionären Fürstenherrschaften im 19. Jahrhundert waren solche Bündnisse. In Wiesbaden demonstrierten am 4. März 1848 30 000 Menschen auf einer Volksversammlung vor dem Schloß. Nach einer Buchillustration von F. Nietzsche.



Komplizierte Bündnispartner – „Die Grünen“. Aber die DKP ist offen für gemeinsame Aktionen – vor allem für die Sicherung des Friedens. Klaus Rose fotografierte die Bundesdelegiertenversammlung am 12. November 1982 in der Stadthalle zu Hagen.

Verbindendes und Unterschiedliches

Eine Arbeiterpartei sind die Grünen nicht. Sie können und wollen auch nicht die revolutionäre Arbeiterpartei ersetzen. Die Grünen haben kein sozialistisches Ziel. Sie sehen das Übel nicht in der kapitalistischen Ausbeuterordnung, sondern im „Zentralismus“, in technischen Großprojekten, im Wirtschaftswachstum. Sie wollen den Klassenkampf durch den „Ökokaampf“ ersetzen. Viele Grüne unterliegen dem Antikommunismus und Antisowjetismus.

Dennoch verbindet Kommunisten und Grüne das Ernstnehmen vieler Probleme, z.B. ökologischer, die gelöst werden müssen, wenn die Zukunft der Gattung Mensch gesichert bleiben soll.

Uns verbindet der Kampf gegen die wahnwitzige Vergeudung von Arbeitskraft und Naturpotentialen durch die kapitalistische Wegwerfproduktion.

Uns verbindet die Verteidigung demokratischer Grundrechte, der Widerstand gegen die Verstärkung autoritärer Strukturen.

Und vor allem verbindet uns die Sorge um den Frieden, der Kampf gegen die Gefahr eines atomaren Krieges – die schlimmste auch ökologische Katastrophe.

3. Grundsatz:

Orientierung auf Arbeiterklasse

Über einen dritten Grundsatz kommunistischer Bündnispolitik in demokratischen Bewegungen heißt es im Bericht des Parteivorstands an den Hannoverschen Parteitag: „Vor allem wirkt die DKP dafür, daß die Arbeiterinteressen im Bündnis zur Geltung kommen. Dieses ist ein wesentliches Element unserer Bündnispolitik. Und es gibt nicht wenige Beispiele dafür, daß es sich sehr positiv ausgewirkt hat, wenn Gewerkschafter und Betriebsräte dank der Mitarbeit der DKP in demokratischen Bündnissen eine aktive Rolle gespielt haben.“ (Ebenda, S. 69)

Die Orientierung der DKP auf die Arbeiterklasse und das Ringen um die stärkere Einbeziehung von Arbeitern in demokratische Bewegungen ist ein ganz maßgeblicher Beitrag, den Kommunisten in diesen Bewegungen leisten. Bestätigt sich doch immer wieder, daß der Erfolg einer demokratischen Bewegung in außerordentlich starkem Maße von der Unterstützung abhängt, die sie durch die Arbeiterklasse, d.h. durch jene zahlenmäßige Stärke, durch ihren Platz im gesellschaftlichen Produktionsprozeß, durch ihre Organisiertheit die entscheidende Kraft in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen ist.

Wenn so nachdrücklich die Rolle der Arbeiterklasse und der Arbeiterorganisationen für die Entfaltung demokratischer Bewegungen betont wird, so heißt das nicht, daß nicht auch von diesen Bewegungen wichtige Impulse für die Arbeiterklasse und ihre Organisationen ausgingen. So haben die Wirkungen des Krefelder Appells und die Stärke der Friedensbewegung sicher keinen geringen Anteil beim Zustandekommen des DGB-Appells „Frieden durch Abrüstung“.

Die Umweltschutzbewegung hat zweifellos dazu beigetragen, daß zumindest in Teilen der politischen und gewerk-

schaftlichen Arbeiterbewegung heute bei Beibehaltung einer prinzipiell positiven Einstellung zum wissenschaftlich-technischen Fortschritt stärker als in der Vergangenheit die damit verbundenen ökologischen Probleme gesehen und Fragen des Wirtschaftswachstums nicht nur unter quantitativen, sondern auch unter qualitativen Gesichtspunkten betrachtet werden.

Die neofeministische bzw. autonome Frauenbewegung hat die Arbeiterbewegung – darunter auch die Kommunisten – darauf gestoßen, daß wir im Kampf um die Gleichberechtigung der Frau, indem



Den Zusammenhang von Rüstung und Sozialabbau stellen diese Metallarbeiter auf einer Gewerkschaftskundgebung in Düsseldorf dar. Es fotografierte Manfred Scholz am 27. März 1982.

wir zu Recht den Schwerpunkt auf die Überwindung der in den kapitalistischen Produktionsverhältnissen wurzelnden Ursachen der Diskriminierung der Frauen und auf ihre Gleichstellung in Betrieb und Beruf legen, zugleich die Probleme nicht außer acht lassen dürfen, denen sich Millionen Frauen z.B. durch die Wirkungen eines frauenfeindlichen Rollenbildes oder gar durch Gewaltanwendung gegen Frauen in

vielen Familien gegenübersehen. Die Instandbesetzerbewegung hat auch für die Arbeiterbewegung noch deutlicher gemacht, welche ungeheurer sozialer Zündstoff sich mit der kapitalistischen Boden- und Häuser Spekulation angesammelt hat und daß sich die Arbeiterbewegung noch stärker der Miet- und Wohnungsproblematik annehmen muß. Kurzum: Es geht auch hier um ein partnerschaftliches ge-

genseitiges Geben und Nehmen. Dabei besteht jedoch heute die wichtigste Aufgabe darin, Arbeiter, Gewerkschafter, in stärkerem Maße an demokratische Bewegungen heranzuführen. Das gilt vor allem auch für die Bewegung gegen die neuen atomaren Mittelstreckenraketen der USA. Hier liegt ein entscheidendes Wirkungsfeld für die Kommunisten. Hier muß die Arbeiterpartei ihren spezifischen Beitrag leisten.

4. Grundsatz:

Aktionseinheit ist Kernstück

Einen weiteren Grundsatz kommunistischer Bündnispolitik in demokratischen Bewegungen formulierte der Hannoverische Parteitag der DKP wie folgt:

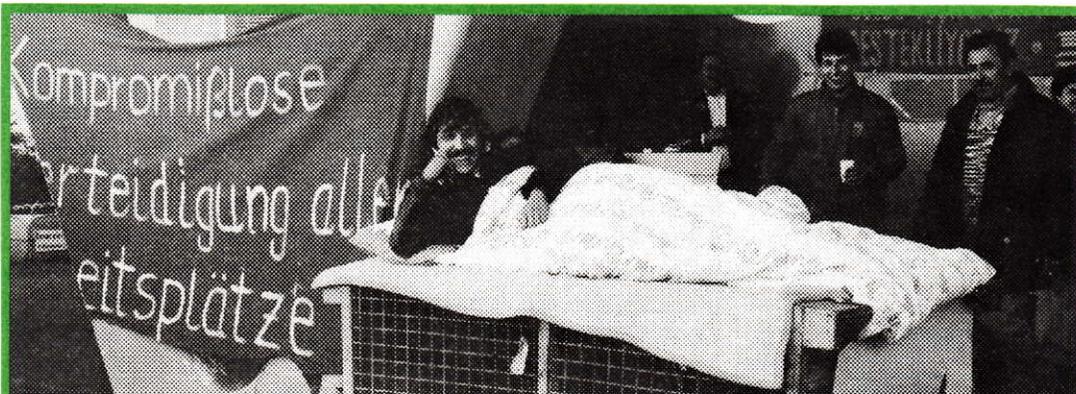
„Die DKP läßt sich stets von der Erfahrung leiten, daß das wichtigste Unterpfand für den Erfolg der Arbeiterklasse im einigenden Handeln, in ihrer Aktionseinheit liegt. Das Ringen um die Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse ist und bleibt ein Kernstück der Politik der DKP. Wir wissen sehr wohl – und das haben wir in unserer ganzen Bündnispolitik und -praxis, in unserem außerparlamentarischen Kampf wie im Streben nach parlamentarischen Vertretungen immer im Auge –, daß eine revolutionäre Partei der Arbeiterklasse, die Deutsche Kommunistische Partei, immer und vorrangig um die

Aktionseinheit von Kommunisten und Sozialdemokraten ringen muß. Sie darf niemals die unter sozialdemokratischem Einfluß stehenden Arbeiter rechts liegenlassen. Sie darf sich durch niemand und nichts von der vorrangigen Orientierung auf den gemeinsamen Kampf der Arbeiterklasse abdrängen lassen.“ (Ebenda, S. 63)

Diese Aussage zeigt, wie unbegründet die von diesem oder jenem sozialdemokratischen Mitstreiter in demokratischen Bewegungen geäußerte Meinung ist, der Hannoverische Parteitag habe eine Wende von der Aktionseinheits- zur Bündnispolitik vollzogen. Hauptadressat der DKP-Politik seien nicht mehr die sozialdemokratisch orientierten Arbeiter, sondern Grüne, Alternative und andere. „Das Ringen um die Aktions-

einheit der Arbeiterklasse ist“ – so im Parteiprogramm der DKP – „ein Kernstück der Politik der DKP.“ (Programm der DKP, S. 72)

Zugleich wird betont: „Im Ringen um die Aktionseinheit der Arbeiterklasse mißt die DKP dem gemeinsamen Handeln von Kommunisten und Sozialdemokraten entscheidende Bedeutung bei.“ (Ebenda, S. 73) Die Aktionseinheitspolitik und dabei die vorrangige Orientierung auf das Zusammenwirken von Kommunisten und Sozialdemokraten ist also ein programmatischer Grundsatz für die DKP. Er gilt nicht nur für die Gegenwart, sondern auch für die Perspektive des Kampfes. Im Programm heißt es ausdrücklich: „Die DKP erstrebt die Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten nicht nur für die unmittelbare



In der Bewegung für die Verteidigung der Arbeitsplätze und gegen die Arbeitslosigkeit setzen sich die Kommunisten für das einheitliche Handeln der Arbeiterklasse ein. Fritz Seibert fotografierte am 19. April 1982 in dem von Stilllegung bedrohten Frankfurter Betrieb Rockwell Golde.

Gegenwart, beim Ringen um eine Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt. Sie will diese Zusammenarbeit auch für die Zukunft, im Kampf für die Überwindung der Macht der Monopole, für eine antimonopolistische Demokratie, für die sozialistische Umgestaltung der Bundesrepublik.“ (Ebenda, S. 74)

Ein programmatischer Grundsatz von solchem Gewicht wie die Aktionseinheitspolitik kennt kein konjunkturelles Auf und Ab. Er gilt stets und unter allen Bedingungen.

Wenn auf dem hannoverschen Parteitag 1981 ausführlicher und konkreter als auf vorangegangenen Parteitagen zur Bündnispolitik, konkret zu demokratischen Bewegungen Stellung genommen wurde, so nicht, um einen Kurswechsel von der Aktionseinheit zur Bündnispolitik zu vollziehen, sondern darum, weil in jüngster Zeit vieles in Bewegung gekommen ist, weil bedeutende de-

mokratische Bewegungen sich entwickeln, in denen Kommunisten mitwirken. Im übrigen geht die Meinung, die DKP habe der Bündnispolitik Vorrang vor der Aktionseinheitspolitik gegeben, von der falschen Voraussetzung aus, daß diese beiden Felder kommunistischer Politik durch chinesische Mauern voneinander getrennt seien oder sogar im Gegensatz zueinander stünden. Für Kommunisten besteht dagegen ein enger, dialektischer Zusammenhang zwischen Aktionseinheits- und Bündnispolitik.

Das Ringen um die Aktionseinheit der Arbeiterklasse ist deshalb besonders wichtig, weil es hier um das Zusammenwirken der verschiedenen politischen und weltanschaulichen Strömungen in der Arbeiterklasse geht. Die Arbeiterklasse ist aber die entscheidende gesellschaftsverändernde Kraft. Ohne ihre Kraftentfaltung durch einheitliches Handeln kann keine wichtige Frage in

den politischen Auseinandersetzungen zugunsten des Friedens, der Demokratie und des sozialen Fortschritts gelöst werden. Die Aktionseinheit der Arbeiterklasse, vor allem das gemeinsame Handeln von Kommunisten und Sozialdemokraten, ist zugleich der Kristallisationskern für breite demokratische Bündnisse und Bewegungen. Je entwickelter die Aktionseinheit, um so stärker kann die Kraft der Arbeiterklasse in demokratische Bündnisse und Bewegungen eingebracht werden. Umgekehrt sind demokratische Bündnisse und Bewegungen von großer Bedeutung für die Entfaltung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse. Es entwickelt sich diese nicht im luftleeren Raum und auch nicht in der Studierstube, sondern vor allem auf zwei Feldern, in Betrieb und Gewerkschaft und eben in demokratischen Bündnissen. Darum kann es keine schematische Trennung oder gar Gegenüberstellung von Aktionseinheits- und Bündnispolitik geben.



Michael Plath, DKP-Stadtrat in Hannover bei einer Demonstration neben Kurt Fritsch, DKP-Präsidiumsmitglied (rechts im Bild), während einer außerparlamentarischen Aktion gegen die Rotstiftpolitik. Fotografiert am 13. Februar 1982 von Klaus Rose.

Parlamentarische Bündniserfahrungen aus Hannover

Interessante Erfahrungen hat die DKP mit parlamentarischen Bündnissen sammeln können, u. a. in der niedersächsischen Landeshauptstadt Hannover.

Dort wirkt seit dem 12. November 1981 ein Bündnis zwischen DKP und GABL, der Grün-Alternativen Bürgerliste.

In einer gemeinsamen Vereinbarung heißt es:

„Zweck der Gruppenbildung ist die Stärkung der Opposition gegen die bürgerfeindliche Politik...“

Bei kommunalpolitischen Problemen, in denen beide Seiten Übereinstimmung erzielen, werden von beiden Seiten gemeinsame Anträge und Anfragen eingebracht...

Die Gruppenbildung geschieht unter Aufrechterhaltung der jeweiligen politischen Position der Ratsmitglieder beider Seiten...

Jeder Abgeordnete der Gruppe ist berechtigt, auch im Rat eigenständig politisch aufzutreten...

Beide Seiten streben im Interesse der arbeitenden Bevölkerung Hannovers auch die Zusammenarbeit mit Ratsmitgliedern anderer Fraktionen an...“

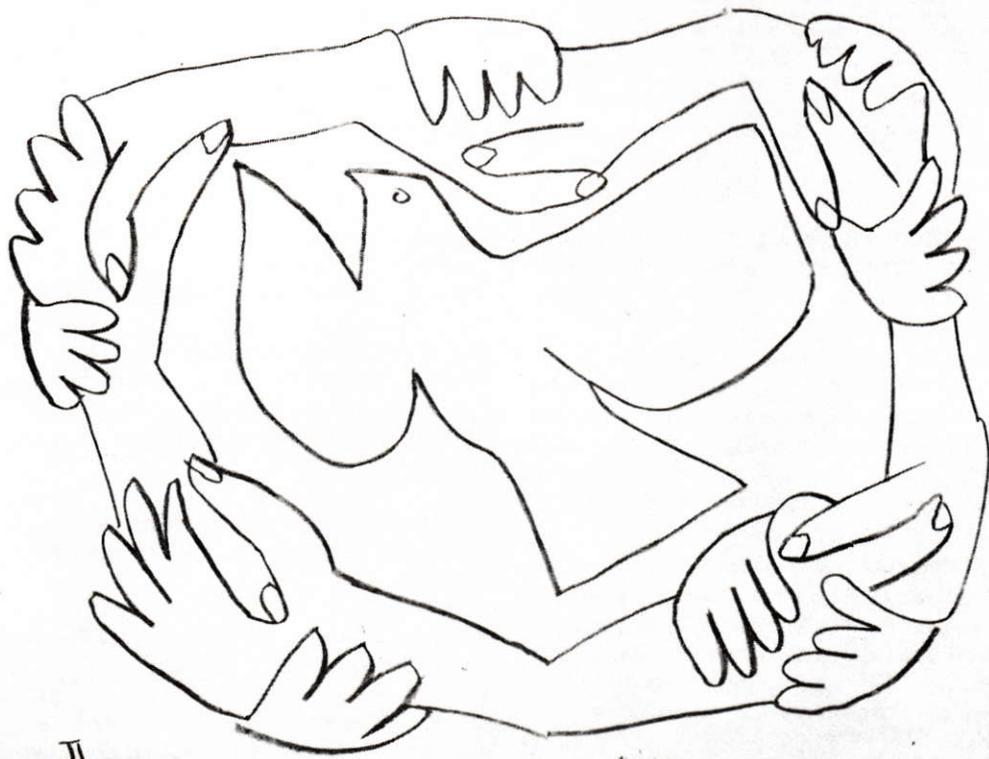
Das parlamentarische Bündnis von GABL und DKP hat inzwischen weit über 200 Anträge und Anfragen gegen Rotstift und Rüstungspolitik eingebracht.

Szene vollzogen haben sowie vor allem mit der breiten Entfaltung demokratischer Bewegungen. Was die Veränderungen in der maoistischen Szene betrifft, so ist hier insbesondere der Bankrott dieser Gruppen zu nennen: einige der militantesten sind entweder ganz verschwunden oder sie haben sich in Positions- und Cliquenkämpfen derart dezimiert, daß sie kaum noch eine Rolle spielen. Andere haben gewisse taktische Veränderungen in ihrer Politik vollzogen. Extrem gewerkschaftsfeindliche Positionen sind zurückgetreten. Die offene Unterstützung der NATO, mit der These, daß Friedenskampf Betrug und

der dritte Weltkrieg unvermeidlich sei, unterbleibt inzwischen, weil man sich damit z. B. in Friedensinitiativen selbst vor die Tür stellen würde.

Vor allem aber sind heute die demokratischen Bündnisse breiter geworden, in denen Menschen der verschiedensten Partei- und Organisationszugehörigkeit sowie weltanschaulichen Orientierung zusammenwirken. Den Gegnern demokratischer Bewegungen würde es nur recht sein, wenn sich die DKP wegen der Beteiligung maoistischer Restgruppen selbst aus diesen breiten demokratischen Bündnissen zurück-

ziehen würde. Die Breite demokratischer Bündnisse ist das entscheidende Kriterium. Die DKP ist nach wie vor gegen eine Reduzierung von Bündnissen, die sich mehr oder weniger auf die DKP und diese maoistische Restgruppe beschränken würden. Was breite demokratische Bündnisse betrifft, so tragen die Kommunisten die Auseinandersetzung mit diesen Leuten nicht in die Bündnisse hinein, sie setzen sich aber im Interesse der Bündnisse mit spalterischen Positionen auseinander, mit denen maoistische Restgruppen demokratische Bündnisse zu belasten versuchen.



II
DIE VEREINTEN HÄNDE II von Pablo Picasso – ein Symbol des gemeinsamen Handelns für den Frieden der Welt.

Die TAZ veröffentlichte einen m. E. für alle Teile der westdeutschen Linken überdenkenswerten Nachruf auf den jetzt toten Peter Brückner. Der anonyme Autor konzentriert sich in seinem zwei-seitigen Artikel auf Intentionen des letzten großen Kampfes dieses Genossen, nämlich gegen das politische Klima des Deutschen Herbstes. Dieses Engagement brachte Peter Brückner nicht bloß die Konfrontation zum Staat ein (bei dem er als Professor angestellt war), sondern ebenso zunehmende Isolation innerhalb der Linken, die sich den staatlichen Interessen immer deutlicher unterwarf. Der TAZ-Autor resümiert Brückners politischen Kampf (den er nicht überlebte) mit einer Bezugnahme auf die aktuell vorherrschende Politik der Linken hierzulande, die ohne die vernichtenden Schläge des Staates, die sie im und seit dem Deutschen Herbst einstecken mußte, nicht denkbar wären:

„Die Linke hat im Deutschen Herbst den Kampf um die Differenz zwischen Abenteuerlust und Mut, zwischen Verweigerung und Widerstand, zwischen unpolitischem Moralismus und politischer Moral verloren. Sie hat sich davon nie wieder richtig erholt. Die Folgen der Schläge von damals sind heute noch zu spüren. Es wird gegen die Gewalt des Staates protestiert und sich von der Gewalt gegen diesen Staat distanzieren. Man wünscht die Amis zum Teufel – gleich nach den Russen. Man fürchtet die Pershing II und ist immer – entschuldigend – im gleichen Atemzug öffentlich erschrocken über die SS-20. Dieses „ja, aber“, dieses „einerseits“, bei dem die Pointe das „andererseits“ ist, ist schwer rauszukriegen aus der Linken. Insofern geht auch an dieser Front der Kampf von Peter Brückner weiter.“ (a).

Es ist dies m. E. nicht ein Appell zur politisch-moralischen Aufrüstung, nicht Aufruf an die Linke, fünf gerade sein zu lassen und „revolutionären Schwung“ wieder hinzukriegen. Sondern es ist ein Appell an die Linken, Lügen in Zukunft auch (wieder!) als Lügen zu bezeichnen und nicht mehr als „hilfreiche Hinweise“ gegen die bisher gepflegte Einseitigkeit oppositioneller Politik. Es ist Aufruf an uns, z. B. die imperialistischen Lügen über die „Bedrohung aus dem Osten“ nicht (mehr) unter der Rubrik „andererseits“ nachzuerzählen und mit Belegen auszustopfen, die in Wirklichkeit gar keine sind (Polen, Afghanistan). Und es ist wohl auch ein Appell an die Träger jener „linken“ Politik, die – wie jüngst in

Willi K. Goltermann

DKP und Friedensbewegung

Godesberger Koordinationskonferenz (4.4.1982) die Epplersche These von der notwendigen Trennung praktisch umzusetzen versuchten. Das einzig erfreuliche: Es gelang nicht.

Was sind die Gemeinsamkeiten und was ist das Trennende zwischen einer DKP-Politik in der Friedensbewegung, die selbstverständlich der offiziellen Politik des Sowjetblocks verpflichtet ist und einer Friedenspolitik, die keinerlei Verpflichtung, außer eben der eines optimalen Friedenserhalts, unterworfen ist?

Staatliche Friedensinitiativen des Sowjetblocks

Der jüngste sowjetische Friedensplan

Da schon damals ein solcher Schritt europäischer Mittelmächte diesseits und jenseits des „eisernen Vorhangs“ gegen die jeweiligen Blockführer ausgeschlossen war, schlug die DDR vor, daß „sich beide deutschen Staaten darum bemühen (sollten), die Großmächte zur Anerkennung der atomwaffenfreien Zone zu veranlassen.“ (1).

2. Nur zwei Monate später – im Februar 1958 – veröffentlichte die polnische Regierung ein Memorandum zur mittteleuropäischen atomwaffenfreien Zone. Dieses Memorandum ging unter dem Namen Rar-Plan in die europäische Geschichte ein – nach dem damaligen polnischen Premierminister Sikorski. Das Memorandum sierr...

Die Friedenspolitik der DKP, ihre Aktionsbereitschaft und ihre faire Partnerschaft werden von zahlreichen engagierten Menschen anerkannt.

Häufiger als früher wird in linken und demokratischen Publikationen über die DKP und ihr Verhältnis zur Friedensbewegung diskutiert, wie dieser Ausschnitt aus MODERNE ZEITEN zeigt, die sich in dem Artikel mit Argumenten der TAZ, der Westberliner TAGESZEITUNG, auseinandersetzt.

Der Autor des Artikels fragt: Macht die DKP „eine Friedenspolitik, die der offiziellen Politik des Sowjetblocks verpflichtet ist oder aber eine Friedenspolitik, die keinerlei Verpflichtung, außer eben der eines optimalen Friedenserhalts, unterworfen ist?“ (MOZ, 5/6, 1982)

Der Autor meint: „Friedensbewegungen müssen außerstaatlich sein.“

Wir fragen dagegen:

Ist diese alternative Fragestellung zutreffend?

Muß die Friedensbewegung, eben wenn sie ausschließlich nach optimalem Friedenserhalt strebt, sich nicht mit allen Kräften verbinden, die ebenfalls optimalen Friedenserhalt zum Ziele haben?

Gilt dieses Gebot für Friedensbündnisse nicht ebenso für staatliche wie für nichtstaatliche Kräfte?

Gilt es nicht ebenso für internationale Partner wie für Partner im eigenen Lande?

Würden wir einen Kanzler als Partner ablehnen, der gegen die Verwandlung der Bundesrepublik in eine Raketenabschubrampe der USA aufträte, nur weil er Bundeskanzler ist?



Die Frauenbewegung, darunter auch die feministische und autonome, hat die Arbeiterbewegung und nicht zuletzt die Kommunisten auf viele Probleme aufmerksam gemacht, die im Kampf um die Befreiung nicht

Unsere Wut
dieser?

**Nicht
sich wehrt
eht am Herd!**



außer acht gelassen werden dürfen. So lernen Bewegungen voneinander. Das Foto entstand am 19. Mai 1982 an einem Frauendiskussionsstand in Hamburg, aufgenommen von Michael Meyborg.

So steuern Moskaus Kommunisten die Friedensbewegung

Unsere Sicherheits-Experten schlagen Alarm: Der Einfluß der DKP wird immer größer!

H Von LOTHAR TÖNSHOFF
 Inter verschlossenen Türen schlagen sich bündendeutsche Kommunisten zur Zeit stolz selbst auf die Schulter und loben, daß „sich die Rolle unserer Partei als der marxistischen Partei der Arbeiterklasse unseres Landes erhöht hat“. Und die „DDR“ hat auch schon reagiert: Sie beiohnte den Eifer der Bundes-Roten „Im Kampf gegen den NATO-Doppelbeschluß“ mit einer Erhöhung der Zuschüsse: Sätze fünf statt bisher vier Millionen Westmark erhält die DKP jetzt jeden Monat aus Ost-Berlin!

Pachleute in den Verfassungsschutzämtern bestreiten heute zwar ganz entschieden, daß sich das breite Spektrum der Friedensbewegung, der „Grünen“ und Alternativen, ausschließlich aus Kommunisten zusammensetzt. Aber: Der ist nicht nur ein Einbruch

SONNTAG: „Obwohl die DKP bei demokratischen Wahlen zu einer 0,3-Prozent-Sekte schrumpft, ist es ihr dennoch gelungen, nicht nur an Hochschulen, sondern jetzt auch in der sogenannten Friedensbewegung ihre Isolierung zu durchbrechen.“

Hellenbroich weiter: „Die DKP wird heute von den meisten „Friedenskräften“ als gleichberechtigter Partner anerkannt.“ Zwar stellen die Kommunisten Moskauer Prägung nur eine Minderheit in dieser Bewegung dar.

Hellenbroich: „Aber sie bilden die größte geschlossene und aktivste Gruppierung, sie verfügen über ausreichende Finanzmittel, einen leistungsfähigen

Für glatten Ablauf der Bonner „Friedensdemonstration“ vom Oktober 1981 sorgten Ordner der DKP. Eine Hauptforderung: „Raus aus der NATO!“



gen Apparat und ein erprobtes Kampagnen-Management. Deshalb sind ihre Einflußmöglichkeiten in der vielschichtigen Friedensbewegung weitaus größer, als ihre Mitgliederzahl vermuten lassen könnte.“

Auf ihrem jüngsten Bundestreffen in Hagen haben die „Grünen“ jetzt Rainer Trampert als Nachfolger von Petra Kelly zu ihrem neuen Boß gewählt. Kelly-Nachfolger Trampert kommt nach den Erkenntnissen unserer Sicherheitsorgane aus der Gruppe „Z“, einer Abspaltung vom radikalen „Kommunistischen Bund“ (KB).

Auch Thomas Ebermann, Hamburgs GAL-Fraktions-Chef, der kürzlich gemeinsam mit Kommunisten eine Polizeiwache der Hansestadt besetzte, stammt nach diesen Erkenntnissen aus der Gruppe „Z“, in deren konspirativer Zeit sich Ebermann noch „Thomas Langer“ nennen ließ. Nach eigenem Eingeständnis haben die „Z“ler ein „marxistisches Selbstverständnis“ und treten für die „Rückbesinnung auf die Grundlagen von Lenin und Mao“ ein.

Im Hintergrund toben aber unter den zahlreichen Links-

gruppierungen heftige sache Fehden. Die DKP bei keineswegs gemacht sich Ebermann der „Chefideologe“ Willi Goltzermann, off stigt über „die bisher lusterhafte Verbeugung der DKP vor den Prinzen bürgerlichen Legali-

Und: Die „derzeitigen für Aktionen in nen Fall die, die den Staat über „die Gesetze ziehen will“. Gruppe „Z“ ih hältis zur L

Bei allen sich Kor ne“ aber derdi“ DKP th

Umarmung nach der



Polizisten führen Hamburgs GAL-Frak-

„Der Einfluß der DKP wird immer größer!“ Diese Feststellung der BILD-Zeitung vom 5. 12. 1982 ist nicht zu dementieren.

Ihre Behauptung, „Moskaus Kommunisten“ steuerten die Friedensbewegung, ist die übliche BILD-Entstellung von Tatsachen.

Aber was auffällt – sie stimmt überein mit dem, was Bonns Geheimdienste in die Welt setzen. So Herbert Hellenbroich, stellv. Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz: „Die Kommunisten tauchen in die Friedensbewegung ab“ und „nehmen die Organisation in die eigene Hand und haben so eine Massenbasis...“ Und:

Der „nächste Verfassungsschutzbericht wird klare Ausführungen zum Problem der Bündnispolitik der DKP enthalten“. So Staatssekretär Spranger aus Zimmermanns Bonner Innenministerium (zitiert

nach FAZ, 13. 12. 1982). Auf die Frage eines SPD-Abgeordneten, ob der Abrüstungsbeschluß der Synode der Evangelischen Kirche vom 12. November 1982 auch „auf Einwirkungen der DKP zurückzuführen“ sei, mußte der Staatssekretär passen.

Die Tatsachen sind:

Die DKP taucht nicht ab, sondern kämpft offen und ehrlich für Abrüstung und Frieden. Die DKP steuert nicht die Friedensbewegung, sondern ist Teil der Friedensbewegung und Partnerin aller um den Frieden bemühten Menschen und Organisationen.

Mit den regierungsoffiziellen Verdrehungen der DKP-Politik soll die Friedensbewegung insgesamt getroffen werden. Wirft das nicht ein Schlaglicht auf die behauptete Politik der Friedenssicherung durch Bonn?

7. Grundsatz:

Selbständigkeit wahren

Ein weiterer Grundsatz kommunistischer Bündnispolitik in demokratischen Bewegungen besteht in der Wahrung der politischen, ideologischen und organisatorischen Selbständigkeit der kommunistischen Partei. Die DKP wirkt – wie es in ihrem Parteiprogramm heißt – „konsequent für die gemeinsamen Forderungen und Ziele“ des jeweiligen Bündnisses. Aber wir betonen auch – wie bereits zitiert – die DKP „respektiert die politischen Motive, die Weltanschauung und die organisatorische Selbständigkeit ihrer Bündnispartner und erwartet von ihnen die gleiche Haltung gegenüber der DKP.“ (Ebenda, S. 81) Was bedeutet das für die Praxis?

Die Partei muß die organisatorische Selbständigkeit behalten. Sie darf nicht im Bündnis aufgehen. Das wäre das Ende der Kommunistischen Partei. Das erfordert aber auch, daß die im Bündnis tätigen Mitglieder der Kommunistischen Partei nicht im Bündnis aufgehen. Sie müssen entsprechend dem Parteistatut regelmäßig an der Arbeit ihrer Grundorganisationen, an der Diskussion und Umsetzung der Politik der Partei teilnehmen.

Die Partei muß ihre Selbständigkeit behalten. Sie darf nicht in falschverstandener

Bündnispolitik auf die Entwicklung ihrer eigenen Politik verzichten. Auch das wäre das Ende einer kommunistischen Partei. In dem jeweiligen Bündnis stellen die Kommunisten, die in diesem Bündnis wirken, die gemeinsamen Forderungen des Bündnisses in den Vordergrund. Zugleich müssen sie als Mitglieder der kommunistischen Partei und muß die Partei selbst ihre über die Anliegen des Bündnisses hin-

ausgehende Politik vertreten. Sie dürften z. B. nicht darauf verzichten, eine klare, positive Haltung zum realen Sozialismus einzunehmen.

Kommunisten unterstützen die Bewegung gegen das Bonner Atomprogramm. Es wäre jedoch keine kommunistische Politik, wenn sie deshalb den Versuch unternehmen würden, sich um eine klare positive Aussage zur friedlichen Nutzung der



Selbständigkeit auch in Wahlkämpfen verbindet die DKP mit großer Kooperationsbereitschaft gegenüber allen linken und demokratischen Bewegungen. Das Bild fotografierte Manfred Scholz während einer Demonstration für die Wahl der DKP am 22. Januar 1983 in Wuppertal.

Kernenergie herumzumogeln. Eine kommunistische Partei kann sich in ihrer Politik nicht auf die Ziele demokratischer Bündnisse beschränken, sie muß zugleich ihre weitergehenden antimonopolistischen Alternativen und ihre sozialistische Perspektive vertreten.

Die Partei muß ihre ideologische Selbständigkeit wahren. Sie darf nicht auf eigene ideologische Arbeit verzichten. Auch das wäre das Ende einer kommunistischen Partei, die ihre ganze Tätigkeit auf die Theorie von Marx, Engels und Lenin gründet, wie es im Programm der DKP heißt.

Die Respektierung der Weltanschauung der Bündnispartner kann darum auch nicht Verzicht auf eigene weltanschauliche Aktivitäten bedeuten. Das ist schon darum nicht möglich, weil es heute kaum ein Feld der gesellschaftlichen Auseinandersetzung gibt, auf dem weltanschauliche Fragen nicht eine immer größere Rolle spielten. Unter dem Druck der Krise des kapitalistischen Systems, der wachsenden Arbeitslosigkeit und der Perspektivlosigkeit der Jugend, angesichts des kapitalistischen Mißbrauchs des wissenschaftlich-technischen Fortschritts für schrankenlose

Profitmacherei und der rücksichtslosen Zerstörung der natürlichen Umwelt durch die Konzerne, und nicht zuletzt auf dem Hintergrund der vom Imperialismus ausgehenden Gefahren eines atomaren Weltkrieges fragen viele, vor allem junge Menschen, nach dem Sinn des Lebens, nach dem Zweck des Fortschritts, nach Wegen in eine sinnvolle und friedliche Zukunft. Viele, die keine Antwort finden, lassen sich treiben, verfallen in Resignation oder suchen den Ausweg in individualistischem Irrweg des Aussteigen-Wollens aus dieser Gesellschaft. Wenn diese Sackgassen vermieden, wenn aus bloßer Kritik und Unzufriedenheit kritisches Engagement in demokratischen Bewegungen werden soll, dann müssen gemeinsam mit den kritischen Kräften überzeugende Antworten auf ihre im Prinzip weltanschaulichen Fragen erarbeitet werden.

Das Rüstzeug dazu gibt der wissenschaftliche Sozialismus. Eben in diesem Sinne gelten die Worte von Herbert Mies, dem Vorsitzenden der DKP: „Der wissenschaftliche Sozialismus ist kein bloßes ‚Hausmittel‘ für die Festigung der DKP. Der wissenschaftliche Sozialismus, die Lehre von Marx, Engels und Lenin ist die erfolgreichste geistige Kraft unserer Zeit. Also muß uns sehr daran gelegen sein, diese Kraft nicht nur unserer Partei, sondern größeren Teilen der Arbeiterklasse, der Jugend, der Intelligenz zu vermitteln...“ (Bericht des Parteivorstandes an den 6. Parteitag der DKP, S. 83.)

NOTIZEN

Gemeinsamkeiten in demokratischen Bewegungen heißt nicht, auf kameradschaftlichen Meinungsstreit zu verzichten. Je breiter demokratische Bewegungen sind, um so breiter ist auch das Spektrum weltanschaulicher und politischer Positionen, das in sie eingebracht wird. Das ist natürlich vor allem positiv zu sehen, weil diese Breite den Bewegungen Kraft geben kann. Allerdings kann die eine oder andere dieser Positionen auch Hemmnisse für die erfolgreiche Entwicklung von Bewegungen schaffen. Wenn z. B. der Versuch unternom-

men wird, in der Bewegung gegen die neuen US-Atomraketen antisowjetische Positionen hineinzutragen, so bedeutet das objektiv ein Ablenken von den Schuldigen der wachsenden Atomkriegsgefahr. Wenn in der Umweltschutzbewegung Forderungen erhoben werden, die auf Konsumverzicht, auf Abbau des Lebensstandards für die arbeitenden Menschen hinauslaufen, so tragen solche Forderungen dazu bei, Barrieren, die Arbeiter daran hindern, diese Bewegungen zu unterstützen, nicht abzubauen, sondern weiter zu erhö-

hen. Die kameradschaftliche Auseinandersetzung mit solchen Positionen ist darum notwendig im Interesse der Stärkung der Bewegungen. Verstärkte ideologische Arbeit im Zusammenhang mit Bündnispolitik ist aber auch noch unter einem anderen Gesichtspunkt notwendig. Je mehr Mitglieder der kommunistischen Partei aktiv in demokratischen Bewegungen mitwirken, um so mehr sind sie nicht nur ideologisch gefordert, um so mehr wirken auch kleinbürgerliche und andere nicht-kommunistische Positionen auf sie ein.



Ein offenes Ohr für Bürgerinitiativen und solidarische Unterstützung kämpfender Gewerkschafter – das kennzeichnet die Bündnis- und Aktionseinheitspolitik der DKP. Herbert Mies, Vorsitzender der DKP, und Ludwig Müller vom Parteipräsidium empfangen eine Delegation der Kasseler Bürgerinitiative „Rettet die Arbeitsplätze bei Enka“. Fotografiert von Uwe Reepen am 25. November 1982 im Haus des Parteivorstandes der DKP.

8. Grundsatz:

Offen auftreten

Diese verstärkte ideologische Arbeit in der Partei ist auch Voraussetzung für einen weiteren Grundsatz kommunistischer Bündnispolitik in demokratischen Bewegungen. Er besteht darin, daß Kommunisten in demokratischen Bewegungen nicht mit verdeckten Karten spielen, sondern mit offenem Visier als Kommunisten in demokratischen Bündnissen mitwirken.

Darin besteht eine Voraussetzung dafür, daß der Grundsatz der Gleichberechtigung und partnerschaftli-

chen Zusammenarbeit verwirklicht werden kann. Wo nicht bekannt ist, daß Kommunisten aktiv mitwirken, können sie auch keinen gleichberechtigten Platz für Kommunisten im Bündnis erwarten. Ein offenes Auftreten als Kommunisten ist notwendig, wenn antimonopolistische Einsichten in demokratischen Bewegungen verbreitet und vertieft werden sollen. Es ist unverzichtbar, wenn der Antikommunismus zurückgedrängt werden soll. Würden Kommunisten in de-

mokratischen Bewegungen ihre kommunistische Identität verbergen, dann müßte bei den Partnern des Bündnisses entweder der Eindruck entstehen, Kommunisten schwätzen nur, sie unterstützen jedoch nicht die reale Bewegung durch ihre aktive Mitwirkung, oder es könnte sich – was noch schlimmer ist – der Schluß aufdrängen, Kommunisten arbeiten mit verdeckten Karten, sie wollen die Bewegung unterwandern, sie verfolgen konspirative Ziele und nicht die konkreten

“

Die Kommunisten verschmähen es, ihre Ansichten und Absichten zu verheimlichen.“

“

Forderungen und Anliegen des betreffenden Bündnisses. Ein Verbergen der kommunistischen Identität durch Mitglieder der kommunistischen Partei in demokratischen Bündnissen würde darum den antikommunistischen Verleumdungen der Gegner der DKP und der demokratischen Bündnisse Nahrung geben.

Kommunistische Bündnispolitik erfordert also immer die Bereitschaft, konsequent und selbstlos für die gemeinsa-

men Anliegen des Bündnisses einzutreten bei gleichzeitiger Wahrung der eigenen kommunistischen Identität. Kommunistische Bündnispolitik erfordert Elastizität und Kompromißbereitschaft bei gleichzeitiger Prinzipienfestigkeit.



Die dargestellten Grundsätze kommunistischer Bündnispolitik in demokratischen Bewegungen können und sollen keine Patentre-

zepte sein. Ist doch gerade die Bündnispolitik ein Arbeitsfeld, auf dem Rezepte und ewige Weisheiten am wenigsten angebracht sind. Bündnispolitik erfordert Fingerspitzengefühl, Beachtung der konkreten Situation, Beweglichkeit. Die dargelegten Grundsätze können darum nicht mehr sein als ein Fundament. Das konkrete Gebäude, das darauf errichtet werden muß, hängt von den konkreten Baubedingungen ab, es verlangt schöpferische Architekten.

Was man tun kann

Alle, die Fragen zu unserer Bündnispolitik haben, sollten zur Diskussion dieses Themas eingeladen werden. Leute, die besonderes Engagement in der Friedensbewegung, in der Frauenbewegung, in der Jugendbewegung, in der ökologischen Bewegung und in Bürgerinitiativen zeigen, sollten das Heft von uns erhalten.

Allen Bündnispartnern kann gezeigt werden: Eine Partei, die so ausführlich, gründlich und offen zugleich über die Notwendigkeit gemeinsamen Handelns aller demokratischen und linken Kräfte in ihren Bildungsveranstaltungen spricht, meint es ehrlich.

Über den Beitrag, den Kommunisten zu gemeinsamen Aktionen und Forderungen leisten, sollte man auch berichten: in den Betriebs-, Orts- und Hochschulzeitungen der Partei.

Wenn Minister, Parteipolitiker und deren

„Verfassungsschutz“-Agenten Unwahrheiten über die DKP-Bündnispolitik verbreiten, muß man dort antworten, wo die Unwahrheiten verbreitet wurden: mit Leserbriefen an Presse, Funk und Fernsehen: Kommunisten unterwandern nicht; Kommunisten steuern nicht die Partner des gemeinsamen Kampfes; Kommunisten sind nicht „Trittbrettfahrer“ der Volksbewegungen. Wir antworten mit den sachlichen Argumenten des Bildungsheftes.

Der Bildungsabend soll konkrete Hilfen vermitteln, um neue Bündnisse zu schaffen, betriebliche, örtliche und regionale gegen die Stationierung der USA-Atomraketen. Und immer nach dem Grundsatz handeln: Die Aktionseinheit der Arbeiterschaft ist das Kernstück unserer Bündnispolitik. Arbeiter- und Friedensbewegung gehören zusammen. Dafür entwickeln wir immer neue Initiativen – mit unseren Kolleginnen und Kollegen in Betrieb und Gewerkschaft.

Mehr lernen!

Was wir uns in den Bildungsabenden der Grundorganisation an Wissen erarbeitet haben, können wir auf der Karl-Liebknecht-Schule der DKP in Leverkusen erweitern und vertiefen. Achtung, Betriebsarbeiterinnen und -arbeiter! Neu sind 3-Tage-Kurse aus und für die betriebliche Praxis. Sie kann man besuchen, ohne längeren Urlaub nehmen zu müssen. Der nächste findet statt vom 2. bis 4. Juni.

Folgende Angebote gelten für

März

- 6. –12. 3. Grundlehrgang
- 13. –19. 3. Aus den Erfahrungen der KPdSU
- 20. –26. 3. Zum Werk von Karl Marx: Lohn, Preis, Profit
- 27. 3.– 1. 4. Zur Hochschulpolitik

April

- 4. – 9. 4. Frauenpolitik (Kinder ab 4 Jahren können mitgebracht werden)
- 10. –16. 4. Grundlehrgang
- 17. –23. 4. Das Manifest der Kommunistischen Partei
- 24. –30. 4. Aus der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 1945–1968

Mai

- 2. – 7. 5. Zur Sportpolitik der DKP
- 8. –14. 5. Grundlehrgang
- 15. –21. 5. Lehrgang für Betriebs- und Kleinzeitungsredakteure

Bündnispolitik

Sie betrifft Bündnisse gesellschaftlicher Kräfte, die vorübergehend oder andauernd ähnliche oder gleiche Interessen haben und diese gegen einen gemeinsamen Gegner durchsetzen oder verteidigen wollen. Die Arbeiterklasse und ihre Organisationen haben gemeinsame Interessen mit allen vom Monopolkapital abhängigen, ausgebeuteten, verfolgten, betroffenen Volksschichten. Diese Interessen bilden die reale Basis für eine demokratische und linke Bündnispolitik, für gemeinsames Auftreten in Aktionen, bei Wahlen und in Koalitionen.

Feminismus

Das Wort entstammt der lateinischen Bezeichnung für Frau. Feminismus ist eine weltanschauliche und politische Einstellung bzw. Bewegung, die von einer besonderen Wesenseigenschaft der Frau ausgeht, alles aus dem Blickwinkel dieser besonderen weiblichen Eigenschaften beurteilt, die Frauenprobleme aus dem Gegensatz der Geschlechter ableitet, die er für grundlegend (z.B.

für grundlegender als den Klassengegensatz) hält. Das findet seine „Gründe“ auch darin, daß es selbst in der sozialistischen Arbeiterbewegung noch viele männer-rechtliche Züge gibt, so daß der Eindruck entsteht, der Klassengegensatz sei nicht so tiefreichend wie der Geschlechtergegensatz. Im einzelnen werden von den verschiedenen Richtungen des Feminismus verschiedene Merkmale des weiblichen Wesens, verschiedene Kampfformen usw. angegeben.

Kompromisse

Das Wort entstammt der lateinischen Sprache. Es bedeutet soviel wie: zusammenkommen, sich über einen Streitpunkt verständigen, dazu eine Verabredung treffen, im Volksmund auch „klein begeben“. In der Politik bedeutet es, daß Kräfte unterschiedlicher Position durch gewisse gegenseitige Zugeständnisse die Lösung einer Streitfrage anstreben. Wir Kommunisten wissen, daß es keine Politik ohne solche Kompromisse gibt. Das Hauptproblem ist, daß bei

Kompromissen grundlegende, unverzichtbare Positionen der Arbeiterklasse nicht preisgegeben werden dürfen. Wenn es z.B. um ein Wahlbündnis geht – das wäre ja auch ein Kompromiß –, so können wir dabei nicht unsere weltanschauliche, politische oder organisatorische Selbständigkeit preisgeben.

Ökologie

Das Wort entstammt der griechischen Sprache. In ihm steckt der Begriff Haus (oikos). Das verweist auf das Gebot des haushälterischen, sparsamen, sorgsamem Umgehens mit dem, was unsere Erde an Rohstoffen und Energie zu bieten hat. Es geht also darum, wie der Mensch (genauer: die Gesellschaft) die Beziehungen zur Natur gestaltet. Mensch, Gesellschaft und Natur können in harmonische Übereinstimmung gebracht werden durch die sozialistisch-kommunistische Gesellschaft, die die Ausbeutung des Menschen und der Natur überwunden hat.

DKP-PARTEIVORSTAND

„Wir wenden uns an die Sozialdemokraten, an die Gewerkschafter, an die Grünen und Alternativen, an Umweltschützer, an die Frauenbewegung, an Christen, soziale Liberale, an Sozialisten und Linkskräfte: Stellen wir das Trennende zurück... Wehren wir uns gemeinsam: Gegen Rotstift und Raketen! Für Arbeitsplätze und demokratische Rechte!“

Aus dem Aufruf der DKP gegen die Koalition der Rechtskräfte (2. 10. 82)



HERMANN GAUTIER

„Wir wollen einen Wahlkampf, der der Annäherung aller demokratischen und linken Kräfte dient, einen Wahlkampf, der dazu beiträgt, eine demokratische und linke Mehrheit zu schaffen, der die außerparlamentarischen Kräfte stärkt, die Aktionseinheit und demokratische Bündnisse im außerparlamentarischen Bereich nicht beeinträchtigt, sondern fördert, der die Friedensbewegung stärkt.“

Aus einem Interview mit der UZ vom 19. 11. 82



MICHAEL WEBER

„Auf diesen Kundgebungen sprechen Vertreter von Studenten, der Schüler, der Gewerkschaften, sprechen Betroffene und alle demokratischen Parteien: SPD, Grüne, DKP, liberale Demokraten und Demokratische Sozialisten. Mehrheiten links von der CDU/CSU – wie anders könnten sie zustande kommen als aus dem gemeinsamen außerparlamentarischen Kampf aller demokratischen Kräfte gegen rechts.“

Aus der Rede auf der Kundgebung „Hände weg vom BAFöG“ am 4. 12. 82 in Bonn



HERBERT MIES

„Wir wenden uns an alle Kräfte, die sich trotz ihrer unterschiedlichen Parteizugehörigkeit, ihres unterschiedlichen religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses in der stärksten außerparlamentarischen Bewegung unserer Zeit, in der Friedens-, in der Antiraketenbewegung, zusammengefunden haben. Laßt uns auch in Wahlkämpfen nicht vergessen, daß das, was uns eint, viel stärker als das ist, was uns trennt. Die Einheit der Friedensbewegung darf nicht auf dem Altar eines Wahlkampfes geopfert werden. Auch in einem Wahlkampf sollten die Gemeinsamkeiten des außerparlamentarischen Kampfes gewahrt und weiter vertieft werden...“

Aus der Rede auf dem Bundeswahlkongreß der DKP am 22. 1. 83 in Wuppertal

Filme zum Thema



Das ist eine Auswahl von Filmen zum Thema des Kampfes der Volksmassen für Frieden und Freiheit. Jeder dieser Filme ist eine Bereicherung für die Bildungsveranstaltungen. Sie dauern zwischen 15 und 60 Minuten. Sie sind genau beschrieben im Ergänzungsband I des Verleihkatalogs von „UNIDOC-Film für den Fortschritt“; zu bestellen über Postfach 45, Dantestraße 29, 8000 München 19, sowie über Telefon (0 89) 15 60 61.

Herbert Mies

Wende nach rechts?

Koalition Die sozial-liberale Koalition ist zerbrochen
Kohl will nächste Woche Kanzler werden



Rückblick und Ausblick
nach 13 Jahren SPD-Regierung

Herbert Mies/
Willi Gerns
**Weg und Ziel
der DKP**
Fragen & Antworten



Marxismus aktuell

Keine Startbahn West! –

**Protestbewegung
in einem überlastete-
ten Ballungsraum**



VMB

Marxistische Studien

Neue soziale Bewegungen und Arbeiterbewegung
Kultureller Bruch?

Arbeiterklasse — soziale Bedürfnisse —
gewerkschaftliche Politik

Wandel des Wertsystems?

Sozialpsychologie und Generationenproblem

Beispiel Hamburg: Neue Bewegungen —
politische Strömungen — Wahlen

Frauenbewegung

Friedensbewegung — Friedensforschung

Diskussion Staats- und Überbautheorie

Jahrbuch des IMSF 5
5/1982

Karl Marx — zu seinem hundertsten Todesstag am 14. März 1983

„...einen großen Hebel der Geschichte“

**Zum 100. Todestag von Karl Marx:
Aktualität und Wirkung seines Werks**

Herausgegeben vom Institut für Marxistische Studien und Forschungen
(Frankfurt/M.) und der Marx-Engels-Stiftung (Wuppertal)

Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF, Sonderband I

Ca. 370 Seiten. Mit Grafiken von Jörg Scherkamp.

DM 30,— Auslieferung: Oktober 1982

„...einen großen Hebel der Geschichte“ — so sah Marx die Wissenschaft und entsprechend entwickelte er seine revolutionäre Theorie. Was leistet sie für die Probleme der Gegenwart? Marxisten aus der Bundesrepublik, der UdSSR, der DDR und Frankreich untersuchen Hauptaspekte der Marxschen Theorie in ihrer Bedeutung für aktuelle theoretische, ideologische und politische Probleme: Materialistische Geschichtsauffassung und Epochencharakter, Arbeiterklasse und Partei, Formationstheorie, Politiktheorie bei Marx, Rüstung und Friedensfrage, Ökologie, Technikentwicklung, Ideologiebegriff, Kulturauffassung, Krisentheorie, Entfremdung, Wissenschaftsbegriff — das sind Themen dieses Bandes. Die Autoren: F. Deppe, J. Goldberg, H. H. Holz, J. Huffscheid, H. Jung, M. Klöckner, R. Kumpf, P. P. Lopata, K. Maase, Th. Metscher, H. Mies, L. Peter, H. J. Sandkühler, J. Schleifstein, W. Schwarz, A. Sörgel, R. Steigerwald, I. Taubert, J. Texier, B. Werlein.

Außerdem: Fünfzehn Antworten auf eine Umfrage der Redaktion „Was bedeuten für Sie Karl Marx und sein Werk heute?“

Das revolutionäre Subjekt in der Welt von heute

Internationale wissenschaftliche Konferenz aus Anlaß des 100. Todestages von Karl Marx, veranstaltet vom Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF) und der Marx-Engels-Stiftung am 10. und 11. März 1983 in Trier. Vorträge und Diskussion. Referenten aus der UdSSR, der DDR, Lateinamerika, Frankreich und der Bundesrepublik.

Nähere Informationen:

**Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF)
Liebigstr. 6, 6000 Frankfurt am Main 1, Telefon 06 11 / 72 49 14**

DKP-Anschriften

Deutsche Kommunistische Partei
Partei Vorstand
Prinz-Georg-Straße 79, 4000 Düsseldorf
Telefon (02 11) 48 10 01-04

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Baden-Württemberg
Stotzstraße 10, 7000 Stuttgart 1
Telefon (07 11) 26 55 10

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Bremen/Niedersachsen-Nordwest
Schillerstraße 12a, 2800 Bremen 1
Telefon (04 21) 32 13 14

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Hamburg
Tarpembekstraße 66, 2000 Hamburg 36
Telefon (0 40) 47 65 69

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Hessen
Cronstettenstraße 18, 6000 Frankfurt/Main
Telefon (06 11) 55 02 87

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Niedersachsen
Hamburger Allee 38, 3000 Hannover 1
Telefon (05 11) 31 10 33

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Nordbayern
Fürther Straße 92, 8500 Nürnberg
Telefon (09 11) 3 24 61

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Rheinland-Pfalz
Rheinallee 40/II, 6500 Mainz
Telefon (0 61 31) 67 63 36

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Rheinland-Westfalen
Ackerstraße 3, 4000 Düsseldorf
Telefon (02 11) 36 20 95

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Ruhr-Westfalen
Hoffnungstraße 18, 4300 Essen
Telefon (02 01) 22 21 95

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Saar
Bleichstraße 18, 6600 Saarbrücken
Telefon (06 81) 31 51 13

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Schleswig-Holstein
Hamburger Chaussee 3, 2300 Kiel
Telefon (04 31) 68 14 21

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Südbayern
Reisingerstraße 5, 8000 München
Telefon (0 89) 26 79 68

Letzter Tip

Zu jedem Thema als Begleittexte:

- 1. Das Parteiprogramm**
 - 2. Die aktuellen Beschlüsse der Partei**
- (7. Tagung des Parteivorstandes – UZ-Beilage beachten)

**Und das nächste
Bildungsthema?**

**„Diese kleine,
doch mächtige
Partei...“**

**15 Jahre
Deutsche Kommunistische Partei**

**Das Thema für alle, die eine
grundsätzliche Alternative, eine
marxistische Arbeiterpartei, die den
Sozialismus/Kommunismus wollen.**